

Medien-Information

21. Januar 2019

Umweltminister Albrecht besucht die Deponie Ihlenberg in Mecklenburg-Vorpommern: „Ich möchte mir selbst ein Bild machen“

KIEL/SELMSDORF. Ende des vergangenen Jahres wurde in verschiedenen Medienberichten über mögliche Unregelmäßigkeiten bei der Einlagerung von Abfällen auf der Deponie Ihlenberg bei Schönberg in Mecklenburg-Vorpommern berichtet. Aufgrund der unmittelbaren Nähe zur Landesgrenze Schleswig-Holsteins löste diese Berichterstattung auch bei Bürgerinnen und Bürgern der benachbarten Hansestadt Lübeck Besorgnis aus. Um sich vor Ort über die Vorgänge zu informieren, hat Umweltminister Jan Philipp Albrecht heute (21. Januar) den Deponiestandort besucht. Die zuständigen Fachbehörden aus Lübeck, die Lübecker Abgeordneten sowie die Mitglieder des Umwelt- und Agrarausschusses des Kieler Landtages waren ebenfalls eingeladen. „Wir nehmen den Sachverhalt sehr ernst und wollen sichergehen, dass keinerlei Beeinträchtigung für Schleswig-Holstein von der Deponie ausgehen“, sagte Albrecht.

Das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (MELUND) steht bereits seit der ersten Medienberichterstattung mit dem zuständigen Ministerium in Mecklenburg-Vorpommern in Kontakt, um vollumfänglich über die Vorgänge vor Ort informiert zu werden. In einem Schreiben von Seiten Mecklenburg-Vorpommerns wird bestätigt, dass es ausweislich einer eigens hierfür in Auftrag gegebenen Studie keine Anhaltspunkte für Verstöße gegen die Deponievorschriften gegeben habe. Nach Erkenntnissen des MELUND ist zudem das Lübecker Trinkwasser durch vorhandene hydrologische Barrieren vor eventuellen Einträgen durch die Deponie Ihlenberg sicher. Tiefreichende eiszeitliche Ablagerungen trennen den Grundwasserbereich Mecklenburgs vom Lübecker Grundwasservorkommen ab. Dies bestätigen auch die Untersuchungen der Wasserversorger im Lübecker Raum, die keine Anzeichen einer deponiebedingten Beeinträchtigung erkennen lassen.

Anlässlich eines jüngst ergangenen Beschlusses des Obergerichtes Greifswald zu einer möglicherweise notwendigen Umweltverträglichkeitsprüfung sagte Albrecht: „Angesichts der Verunsicherung vor Ort begrüße ich, dass der Gerichtsbeschluss die Belange des Umweltschutzes weiter absichert. In jedem Fall sollte das Land Schleswig-Holstein wieder in den Begleitkreis zur Deponie aufgenommen werden“, sagte der Minister.